



Auf den Punkt gebracht.  
Finanzpolitische Perspektiven heute und morgen

Der Länderfinanzausgleich



# Länderfinanzausgleich -

## Ablenkungsmanöver der Politik oder Grundsatzfrage der Nation?

Eine Broschüre zum Nachlesen und Nachdenken  
über ein Streitthema zwischen den Ländern.



## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Begriff Länderfinanzausgleich scheint seiner Bedeutung derzeit nicht mehr völlig gerecht zu werden. Denn anstatt ausgleichend zu sein, sorgen die Regelungen gegenwärtig für viele Diskussionen. Das macht auch die Klage der beiden Länder Bayern und Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht deutlich.

Der Länderfinanzausgleich ist ein komplexes System im föderalen Bundestaat. Er ist für den Freistaat Thüringen in finanzieller Hinsicht ein wichtiger Baustein. Gesetzliche Regelungen, die etwa 23 Prozent unseres Landeshaushaltes betreffen und damit gut 1,9 Milliarden Euro an Einnahmen für uns bedeuten, werden durch die Klage berührt.

Bedeutend ist der Länderfinanzausgleich aber vor dem Hintergrund der Solidaritätsfrage. Der Finanzausgleich in Deutschland ist international gesehen eine Besonderheit. Die Länder verständigen sich untereinander, wie der Ausgleich ausgestaltet sein soll.

In anderen Staaten wird die finanzielle Solidarität von der Bundesebene aus organisiert. Die Debatte um den Länderfinanzausgleich ist in unserem föderalen Staatssystem mehr als Mathematik und Finanztechnik, denn sie berührt auch den Kern unseres Gemeinschaftswesens und die Frage des Miteinanders.

Ich lade Sie ein, mitzudiskutieren! Diese Broschüre entstand im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe „Auf den Punkt gebracht“, die wir gemeinsam mit der Deutschen Nationalstiftung umsetzen. Am 8. Oktober 2013 haben wir zum Thema Länderfinanzausgleich in Heiligenstadt mit interessanten Akteuren diskutiert, die sich auch in dieser Broschüre wiederfinden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dr. Wolfgang Voß, Thüringer Finanzminister

# Länderfinanzausgleich - verschiedene Positionen

**Solidarität ist überstrapaziert!** „Auch die Geberseite stellt die grundsätzliche Solidarität nicht in Frage. Wir wollen als Bundesstaat weiter solidarisch sein. Aber das Maß an Solidarität überfordert die Bundesländer, die mit besonders hoher Wirtschaftskraft einzahlen. An deren Leistungsfähigkeit werden auch hohe Anforderungen gestellt.“ (Dr. Thomas Schäfer, Finanzminister Hessen)

**Anstrengung ist solidarisch!** „Berlin empfängt momentan 40% aus dem Länderfinanzausgleich, weil es einfach in seiner relativen Kraft zurückgeblieben ist. Arm aber sexy, wenn das die allgemeine Volkslehre in Deutschland wird, dann kann ich nur sagen, machen wir bald die Lichter aus! Das geht nicht. Wir müssen Länder haben, die sich anstrengen.“ (Dr. Wolfgang Voß, Thüringer Finanzminister)

**Ansatzpunkte für Neuregelungen.** „Da gibt es verschiedene Punkte, über die man reden muss, sicherlich auch über die Gewichtung von Einwohnern, sicherlich auch über den Tarifverlauf der Ausgleichszahlungen. Also als Ökonomin und als Finanzwissenschaftlerin habe ich auch starke Neigung dazu zu sagen, der Tarifverlauf soll aus Anreizgesichtspunkten verändert werden.“ (Prof. W. Störmann, FH Schmalkalden)



**Auftrag erfüllt?** „Ich bin der Meinung, der Länderfinanzausgleich nimmt die Aufgabe wahr, die ihm im Grundgesetz seit Anfang 1949 mit einigen Änderungen zugedacht war. Er gleicht angemessen die Finanzkraft zwischen armen und reichen Ländern aus.“ (Prof. Dr. Koriath, Verfassungsrechtler Uni München)

**Entlastung im Länderfinanzausgleich.** „Die Thüringer wie auch andere ostdeutsche Bundesländer entlasten den Länderfinanzausgleich zunehmend; seit 2005 um knapp 170 Millionen Euro! Wodurch? Durch den Aufbauwillen und den Fleiß der Bevölkerung hierzulande. Damit geht eine stärkere eigene Wirtschaftskraft einher. Es ist aber wichtig zu erkennen, dass der Länderfinanzausgleich kein Ost-West-Ausgleich ist! Er ist ein Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland.“ (Dr. Wolfgang Voß, Thüringer Finanzminister)



# Ursprünge des Länderfinanzausgleichs

## Verfassung und Föderalismus

Der Länderfinanzausgleich nimmt in der bundesdeutschen Verfassung seinen Ausgangspunkt. Gemäß der Verfassung ist die Bundesrepublik ein sozialer Bundesstaat. Der föderale Aufbau ist in Art. 20 Abs. 1 unseres Grundgesetzes festgeschrieben.

Die Länder, als Glieder dieser Föderation, haben die Pflicht, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Und zwar so, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall in Deutschland gewahrt wird. Um dieser Pflicht nachzukommen, ist eine angemessene Finanzausstattung der Länder zu gewährleisten. Der Finanzausgleich ist dabei keine „Entwicklungshilfe“ und der Länderfinanzausgleich als ein Element keine Mildtätigkeit der finanzstarken Länder, sondern unmittelbare Folgeordnung der Gesetzgebungs- und Aufgabenzuständigkeit im Bundesstaat.

Das Grundgesetz regelt im Sinne des Föderalismus, welche staatliche Ebene welche Aufgabe wahrnimmt. Dies betrifft die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtsprechung. Hierbei wird von Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern gesprochen.

Zudem regelt das Grundgesetz die Frage: Wer bezahlt für die Erfüllung der Aufgaben? Wer bezahlt und woher das Geld kommt, schreibt die Finanzverfassung Deutschlands vor. Hinter dem

Begriff Finanzverfassung verbergen sich sämtliche Regelungen, die das öffentliche Finanzwesen eines Staates betreffen. Wichtig sind das Recht, Steuern und andere Abgaben zu erheben, und die Regelungen, wie die Einnahmen verteilt werden. Auch gehört die Haushaltswirtschaft dazu. Für die Finanzverfassung ist der Abschnitt über das Finanzwesen im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 104 a–115 GG, einschlägig.

### Hintergrund:

Der Föderalismus ist als staatliches Organisationsprinzip seit 1949 im Grundgesetz verankert und regelt die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Das föderale System hat bereits eine Reihe von Reformen erfahren. Ein zentrales Reformthema ist die Ausgestaltung des Finanzausgleichs. Mit dem Auslaufen der derzeitigen bundesgesetzlichen Regelungen im Jahr 2019 soll der Finanzföderalismus neu gestaltet werden. Die Ministerpräsidentenkonferenz unter Führung der Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hat im Jahr 2013 einen Arbeitsplan entworfen.

*„Die Verfassung sagt relativ wenig zum Länderfinanzausgleich, weil dies ein Gestaltungsraum der Politik sein soll. Der Bundesgesetzgeber soll in Gesetzesform den Länderfinanzausgleich ausgestalten. In der Sache sollen die Länder dem Bund überbringen, was sie für das richtige Maß der Solidarität zwischen ihnen halten. Die Verfassung sagt nur, dass die Finanzkraft der Länder angemessen auszugleichen ist. Und da entsteht der große Streitpunkt: Was ist der angemessene Ausgleich der Finanzkraft zwischen den Ländern?“ (Prof. Dr. Koriath)*

### Artikel 106 Absatz 3 GG

„Die Deckungsbedürfnisse des Bundes und der Länder sind so aufeinander abzustimmen, daß ein billiger Ausgleich erzielt, eine Überbelastung der Steuerpflichtigen vermieden und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird.“

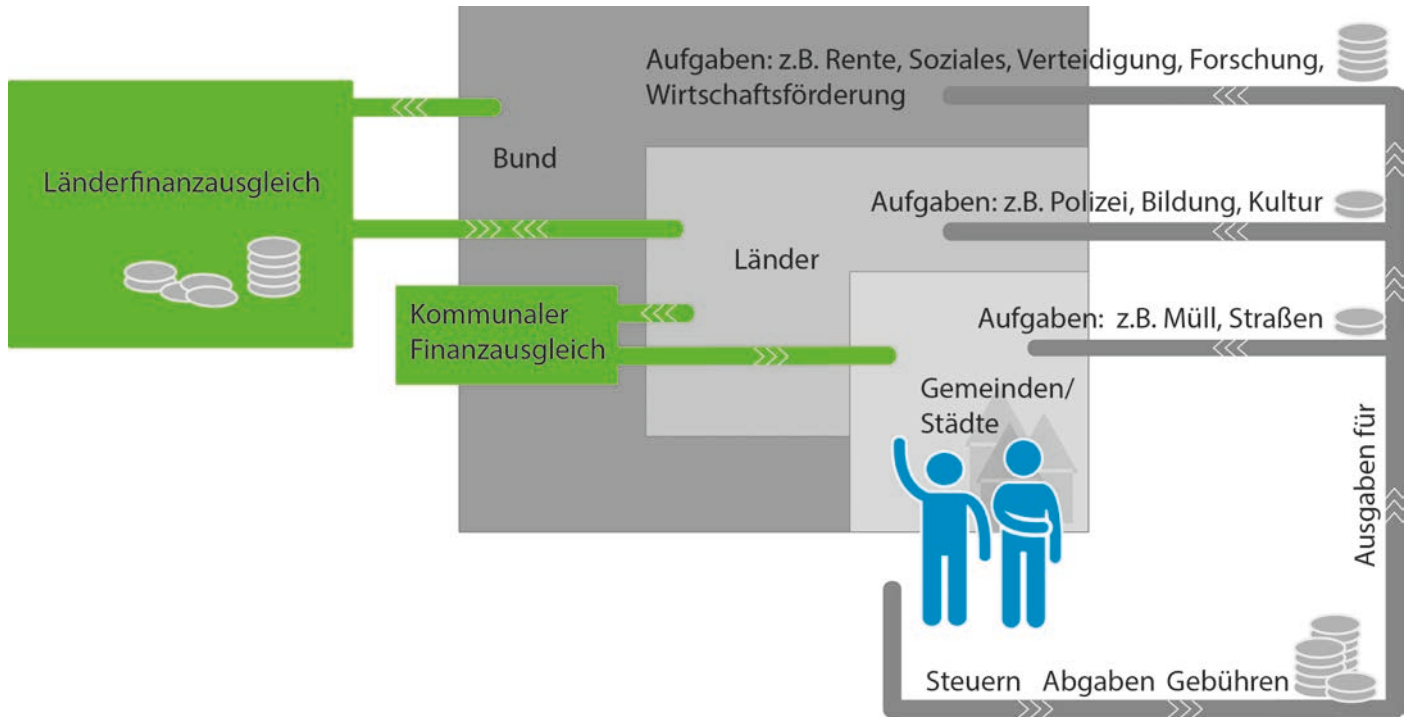
### Artikel 107 Abs. 2 GG

„Durch das Gesetz ist sicherzustellen, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird; hierbei sind die Finanzkraft und der Finanzbedarf der Gemeinden zu berücksichtigen.“

*„Die Länder haben nur noch relativ wenige Gesetzgebungskompetenzen, sie müssen aber Gesetze ausführen, auch solche des Bundes. Und sie müssen dafür die Kosten tragen. Das sind die Spielregeln unseres Föderalismus. (...) Fast alle Standards im Sozialbereich werden durch Bundesrecht geregelt. Der Bund sagt den Ländern, das müsst ihr machen und dafür müsst ihr die Kosten tragen. Das ist das System, das wir haben. Und weil das so ist, brauchen wir bei den Ländern eine weitgehend angenäherte Finanzkraft. Damit jedes Land auch in der Lage ist, von Usedom bis zum Bodensee und von Ostfriesland bis Passau - die gleichmäßig auferlegten Aufgaben auch zu erfüllen. (...) Und da ist der Länderfinanzausgleich wie ein Tariergewicht, der nach der Steuerverteilung dafür sorgen soll, dass die Finanzkraft der Länder eben so angeglichen wird, damit sie alle ihre Aufgaben wahrnehmen können.“ (Prof. Dr. Koriath)*



## Darstellung der Einnahme- und Ausgabekreisläufe in Deutschland

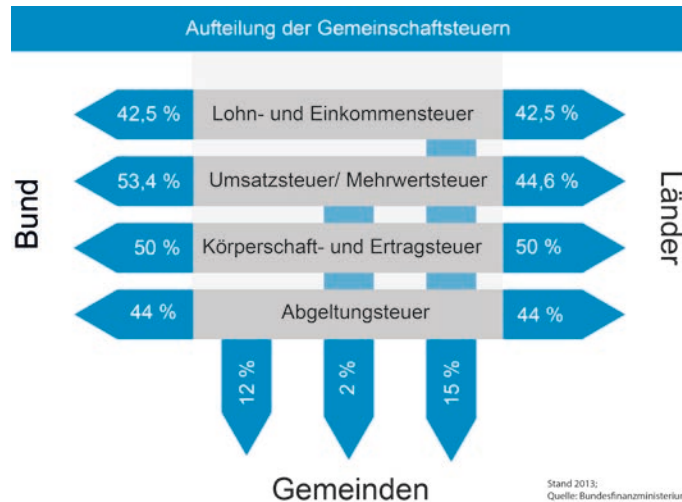




# Woher kommt das Geld für den Finanzausgleich?

## Steuereinnahmen des Bundes und der Länder

Um die verschiedenen Aufgaben zu erfüllen, erheben Bund, Länder und Gemeinden Steuern. So speisen sich beispielsweise 60% des Thüringer Landeshaushalts aus Steuereinnahmen. Zudem spielen für Thüringen auch die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen eine große Rolle. Diese machen 21 % der Einnahmen aus.



### Einzelne Steuern der föderalen Ebenen, Beispiele

Bund	Länder	Gemeinden
Einkommensteuer	Erbschaftsteuer	Grundsteuer
Tabaksteuer	Feuerschutzsteuer	Gewerbesteuer
Kraftfahrzeugsteuer	Biersteuer	Hundesteuer
Versicherungssteuer	Grunderwerbsteuer	Jagdsteuer
Branntweinsteuer	Lotteriesteuer	Zweitwohnsitzsteuer

Im Jahr 2013 haben der Bund, die Länder und die Gemeinden insgesamt 619,7 Milliarden Euro Steuern eingenommen. Im Freistaat Thüringen waren es 2013 insgesamt 5.365 Millionen Euro. Zum Vergleich: Bayern hat 37.569 Millionen Euro eingenommen, Schleswig-Holstein 7.329 Millionen Euro.

Die Einnahmen pro Kopf betragen somit in Thüringen 2480 Euro, in Bayern sind es pro Einwohner 2994 Euro, in Hamburg 5201 Euro und in Schleswig-Holstein 2610 Euro. Hieran wird deutlich, dass es Länder gibt, die mehr Steuern einnehmen. Weil diese Länder mehr Bürger oder mehr Unternehmer haben und die Bürger pro Kopf höhere Einkommen haben und dadurch mehr Steuern zahlen.

# Unterschiedliche Finanzkraft in Deutschland

## Länderunterschiede

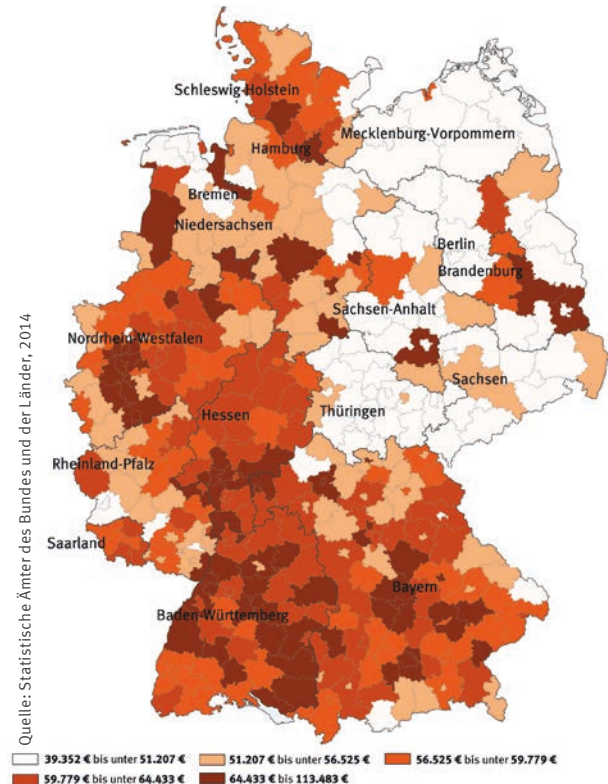
Als Indikatoren für die Finanzkraft eines Landes dienen die Steuereinnahmen eines Landes und auch dessen Gemeinden. Die Steuereinnahmen wiederum stehen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskraft. Als Indikator für die Wirtschaftskraft dient in der Regel das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Vereinfacht gesagt: Dort, wo viele oder auch große Unternehmen ihren Sitz haben und entsprechend Steuern zahlen, aber auch dort, wo viele Menschen ein hohes Einkommen erzielen, sind in der Regel die Steuereinnahmen hoch und damit ist eine starke Finanzkraft des Landes vorhanden.

Die Wirtschaftskraft liegt in den westdeutschen Ländern mehr als 50% über dem Niveau der ostdeutschen Länder. Aber auch innerhalb der Gruppe der alten Länder sind die Unterschiede groß.

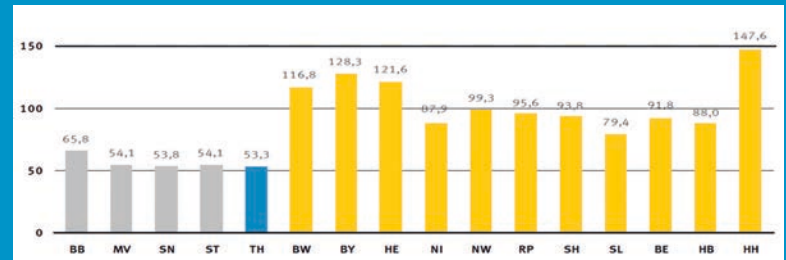
Die unterschiedliche Wirtschaftskraft der Länder hat ihre Ursachen in einem Zusammenspiel aus einer Vielzahl von Faktoren. Dazu zählen Verkehrslagen, Rohstoffvorkommen und insbesondere historische Entwicklungen und Standortentscheidungen von strukturbestimmenden Unternehmen. Es ist wissenschaftlich unbestritten, dass die Strukturschwäche eines Landes durch landespolitische Maßnahmen kaum überwindbar ist.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen



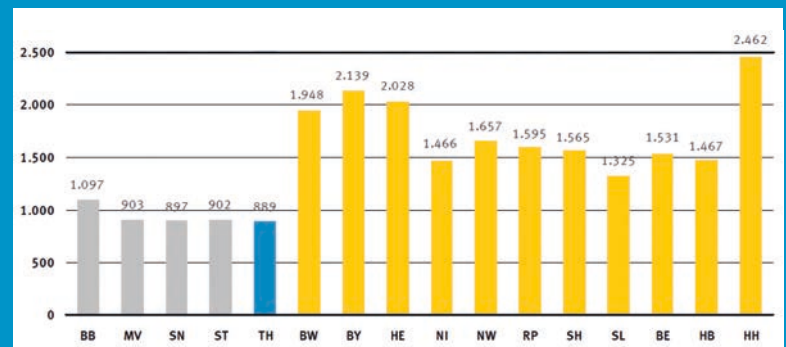
Die Grafik zeigt, wie hoch die Finanzkraft der jeweiligen Länder im Jahr 2013 im Vergleich zur bundesdurchschnittlichen Finanzkraft ist.

Finanzkraft der Länder im Vergleich  
Angabe in Prozent zum Bundesdurchschnitt



Auch die Steuerkraft je Einwohner kann deutlich machen, wie groß die Unterschiede in den Ländern sind. In der Grafik wird die unterschiedliche Steuerkraft je Einwohner aus dem Jahr 2013 dargestellt. Diese Fakten sind wichtig für die 3. Stufe des Länderfinanzausgleichs.

Finanzkraft der Länder im Vergleich  
Angabe der Steuerkraft je Einwohner in Euro



# Der Länderfinanzausgleich

## Stufen des Länderfinanzausgleichs

Der bundesstaatliche Finanzausgleich			
Stufe 1	Vertikale Steuerverteilung und horizontale Verteilung nach örtlichem Aufkommen (Art. 106 GG, Art. 107 Abs. 1 GG)	(Gemeinschaftssteuern, Ländersteuern und Gemeindesteuern)	
Stufe 2	Umsatzsteuerausgleich (Art. 107 Abs.1 Satz 4 GG)	Horizontaler Finanzausgleich (Zahlungen zwischen den Ländern)	Steuereinnahmeorientierter Finanzausgleich (Angleichung der Finanzausstattung der Länder, um gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland zu gewähren.)
Stufe 3	Länderfinanzausgleich im eigentlichen Sinn (Art. 107 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG)		
Stufe 4a	allgemeine Bundesergänzungszuweisungen (Art. 107 Abs. 2 Satz 3 GG)	Vertikaler Finanzausgleich (Direktzahlungen vom Bund an die Länder)	Bedarfsorientiertes Zuweisungssystem (Geld für besondere Situationen und Bedarfe, z.B. Aufbau Ost)
Stufe 4b	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ). Hierunter fallen auch die so genannten Solidarpaktmittel. (Art. 107 Abs. 2 Satz 3 GG)		

# Der Länderfinanzausgleich

## Stufen des Länderfinanzausgleichs

Der bundesdeutsche Finanzausgleich regelt die Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Er umfasst vier Stufen: Die dritte Stufe bildet der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne.

**Stufe 1** bildet die horizontale und vertikale Steuerverteilung, die auf Seite 9 dargestellt ist. Die Finanzämter in den Bundesländern sind dafür zuständig, die Steuern von Bürgerinnen und Bürgern zu erheben.

Die **Stufe 2** des Finanzausgleichs betrifft den Umsatzsteuerausgleich. Hierbei werden bis zu 25% des Länderanteils an der Umsatzsteuer zwischen den Ländern neu aufgeteilt. Steuerschwache Länder erhalten einen zusätzlichen Anteil an der Umsatzsteuer, einen Ergänzungsanteil. Ziel ist es, die Steuerkraft von steuerschwachen Ländern an den Durchschnitt des Steueraufkommens aller Länder anzunähern.

Welches Land einen Ergänzungsanteil erhält, bemisst sich danach, ob die Einnahmen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuerumlage und der Ländersteuern je Einwohner unter- oder oberhalb des Länderdurchschnitts liegen. Der verbleibende Teil der Umsatzsteuer fließt gemäß der Einwohnerzahl an die jeweiligen Länder.

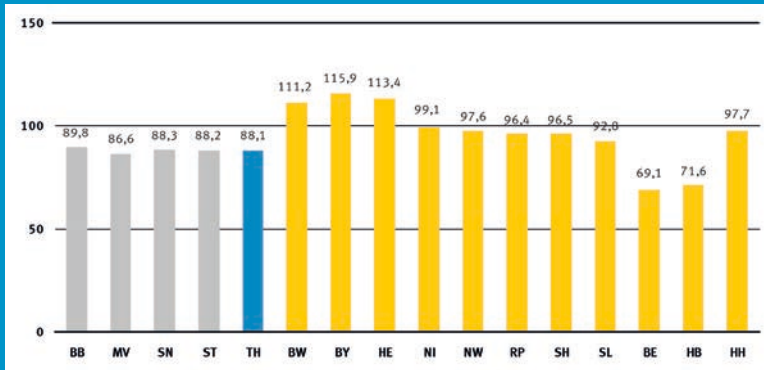


## Auswirkungen für Thüringen

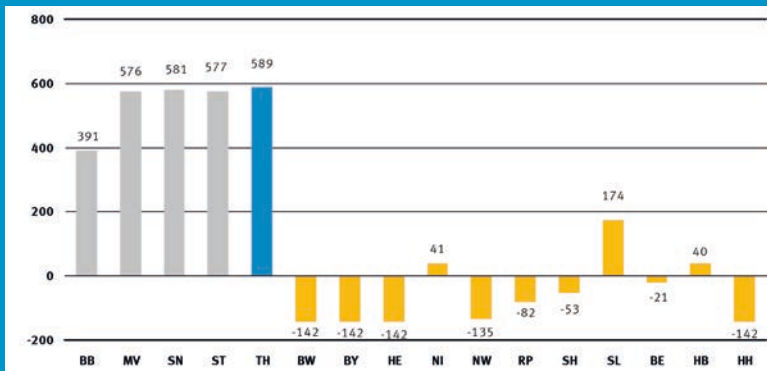
Thüringen nahm im Ausgleichsjahr 2013 insgesamt 1.923,4 Millionen Euro (ohne Umsatzsteuer) Steuern ein. Damit erreicht Thüringen eine Steuerkraft je Einwohner in Höhe von 53,3% des Länderdurchschnitts und gilt als steuerschwach. Entsprechend erhielt der Freistaat im Rahmen des Umsatzsteuerausgleichs 1.275 Millionen Euro. Mit der Verteilung der restlichen Umsatzsteuer erreichte Thüringen Einnahmen in Höhe von 5.365 Millionen Euro.

Zum Vergleich: Hessen als steuerstarkes Land hingegen zahlte im Rahmen des Umsatzsteuerausgleichs 857 Millionen Euro.

Übersichten zum Stand des Ausgleichs nach dem Umsatzsteuerausgleich (Stufe 2) und zur Höhe der gezahlten oder empfangenen Beiträge, Angaben in EUR je Einwohner, Stand 2013



Dargestellt ist die Angleichung der Finanzkraft der Länder nach dem Umsatzsteuerausgleich. Im Vergleich zur Ausgangslage des Freistaats (Grafiken Seite 11) zeigt sich, dass beispielsweise die Finanzkraft in Thüringen von 53,3 Prozent auf 88,1 Prozent im Verhältnis zum Länderdurchschnitt angewachsen ist.



Von der Grafik sind die Summen der Ausgleichsbeträge im Zuge des Umsatzsteuerausgleichs in Euro je Einwohner abzulesen. Thüringen profitiert im Rahmen des Umsatzsteuerausgleichs in Höhe von 589 Euro je Einwohner (siehe auch S.11)

*„Wir haben in Deutschland mit dem Länderfinanzausgleich etwas, was es in anderen Bundesstaaten so nicht gibt. Wir verpflichten nämlich die Länder untereinander zur Solidarität.*

*Es gibt viele Bundesstaaten auf dieser Welt, und in allen Bundesstaaten stellt sich die Notwendigkeit so etwas, wie eine Umverteilung einzurichten. Aber praktisch überall außerhalb von Deutschland wird das immer vom Bund gemacht. Der Bund macht mit Geldzuweisungen von oben nach unten zu den Ländern hin ein Ausgleichssystem. Aber es gibt keine Austauschbeziehung zwischen den Ländern, keine Solidarität zwischen der untergeordneten Ebene. Und das ist das große Problem - aber auch die große Chance des Länderfinanzausgleichs! Weil eben auf diese Weise die Länder mitzubestimmen haben: was ist die richtige Finanzverteilung zwischen ihnen.“ (Prof. Dr. Koriath)*



# Der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne

## Stufe 3 des Länderfinanzausgleichs

Die **Stufe 3** im System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs markiert den eigentlichen Länderfinanzausgleich. Führt die bisherige Steuerverteilung in den Stufen 1 und 2 noch immer zu deutlichen Unterschieden, dann wird die Finanzkraft der Länder nun weiter angeglichen. Die Stufe 3 bildet das Zentrum der Diskussionen um den Länderfinanzausgleich. Gleichwohl sind auch die anderen Stufen betroffen.

Wer erhält nun Geld im Rahmen des Ausgleichs auf der Stufe 3 und wer zahlt? Welches Land ist Geberland und welches Land ist Nehmerland?

Vereinfacht gesagt: Das Land, das nach der Stufe 2 des Finanzausgleichs - dem Umsatzsteuerausgleich - über ausreichend Geld verfügt, um seinen Finanzbedarf zu decken, ist Zahlerland. Wessen Finanzbedarf nicht gedeckt werden kann, ist Nehmerland. Beim Länderfinanzausgleich im engeren Sinne erhalten finanzschwache Länder Ausgleichszuweisungen von den finanzstarken Ländern.

Ausschlaggebend auf dieser Stufe ist die Finanzkraft je Einwohner in dem jeweiligen Land. In die Betrachtung fließen die Summe der Einnahmen des Landes und zu 64% die Summe der Einnahmen der Gemeinden mit ein.

Die kommunalen Einnahmen werden also nicht vollständig berücksichtigt. Gleichwohl sind die Länder dafür verantwortlich, dass ihre Gemeinden angemessen mit Geld ausgestattet sind und müssen den kommunalen Finanzausgleich gestalten.

Neben der anteiligen Betrachtung der Gemeindesteuern in Höhe von 64% kommt eine besondere Betrachtung der Einwohner eines Landes zum Tragen. Im Grundsatz wird im Länderfinanzausgleich für jeden Einwohner der gleiche Finanzbedarf angenommen. Doch für die Stadtstaaten - Berlin, Hamburg und Bremen - wird ein höherer Finanzbedarf gewertet. Dieser basiert auf der Überlegung, dass die Stadtstaaten höhere Kosten für die Bereitstellung öffentlicher Strukturen zu schultern haben. Um den höheren Finanzbedarf der Stadtstaaten zu kalkulieren, wird deren Einwohnerzahl in den Berechnungen fiktiv um 35% erhöht.

Hieraus resultiert der Satz: Die Einwohner in den Stadtstaaten seien „mehr wert“ als die Einwohner der Flächenländer. Ebenso wird für besonders dünn besiedelte Länder, das sind Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, ein geringfügig höherer Finanzbedarf angenommen und entsprechend ihre Einwohnerzahl in den Berechnungen des Länderfinanzausgleichs etwas erhöht.

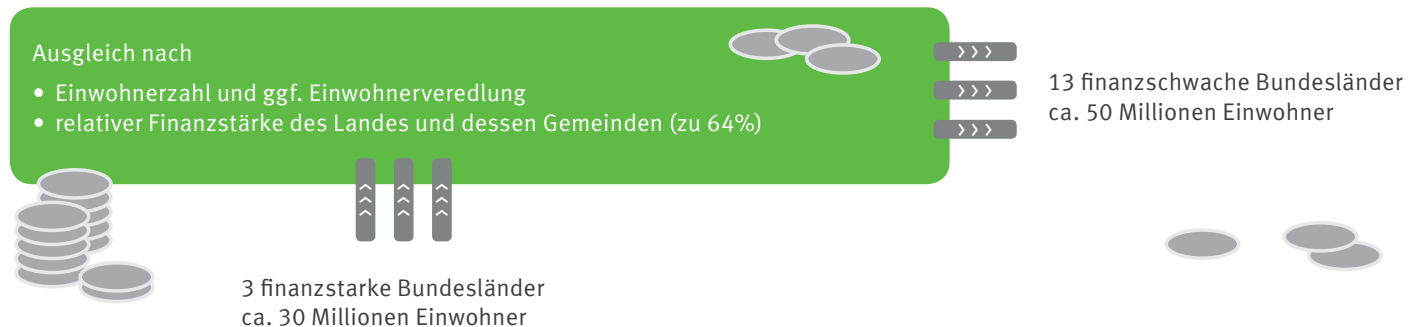


Grundsätzlich geben die Regelungen zum Länderfinanzausgleich vor, dass die Reihenfolge der Länder hinsichtlich ihrer Finanzkraft je Einwohner nicht verändert werden darf.

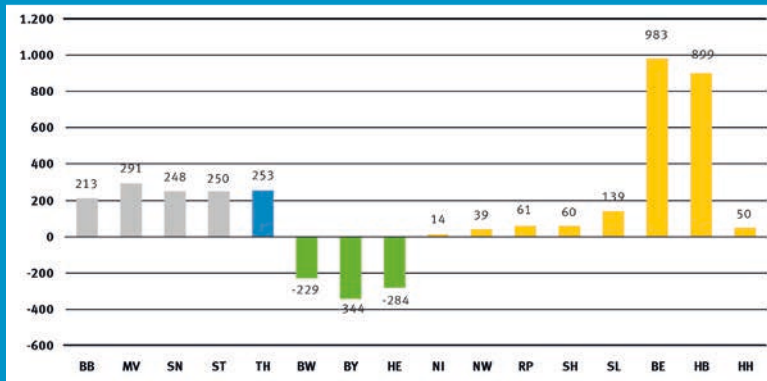
Die Angleichung der Finanzkraftunterschiede im Zuge des Länderfinanzausgleiches ist erheblich. Die Schwäche eines Landes wird aber nicht vollständig, also zu 100 %, ausgeglichen. Die Finanzkraftlücke eines Landes wird mit einem festgelegten progressiven Ausgleichstarif teilweise geschlossen. Den Maßstab bildet dabei der Durchschnitt aller Länder.

In Zahlen heißt das: Liegt die Finanzkraft je Einwohner eines finanzschwachen Landes vor dem Finanzausgleich zwischen 70% - 93% so beträgt diese nach der 3. Ausgleichsstufe 90% - 97% des bundesweiten Durchschnitts.

Ein finanzstarkes Geberland verliert mit dem Länderfinanzausgleich. Hat es vor dem Länderfinanzausgleich noch 111% bis 116% der durchschnittlichen Finanzkraft je Einwohner, weist es nach dem Länderfinanzausgleich noch etwa 104% bis 106% auf.



## Ausgleichszuweisungen(+) und Ausgleichsbeiträge(-) im Rahmen des Länderfinanzausgleichs der Stufe 3; in Euro je Einwohner



Die hier grün markierten drei Geberländer, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, leisten Ausgleichsbeiträge. Insgesamt zahlten die drei Geberländer im Jahr 2013 fast 8,5 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich auf Stufe 3 ein.

## 3 Geber - 13 Nehmer - Ist das fair?

*„3 Geberländer, 13 Nehmerländer. Die Zahl ist verwirrend. Lassen Sie sich davon nicht in die Irre führen! Sie müssen das umrechnen auf die Einwohnerzahl. Und dann sieht die Sache schon ganz anders aus. Wenn Sie die 3 Geberländer umrechnen in Einwohner, dann haben Sie ungefähr 30 Millionen Einwohner, und auf der Seite der Nehmerländer 50 Millionen. Wenn Nordrhein-Westfalen wieder zum Geberland werden sollte, dann hätten wir 4 zu 12 und dann hätten wir etwa 50 Millionen Einwohner bei den Geberländern und 30 Millionen Menschen bei den Nehmerländern, obwohl die Zahl der Länder sehr viel höher ist bei den Nehmerländern. Also Vorsicht bei dem Verhältnis 3 zu 13.“*  
(Prof. Dr. Koriath)

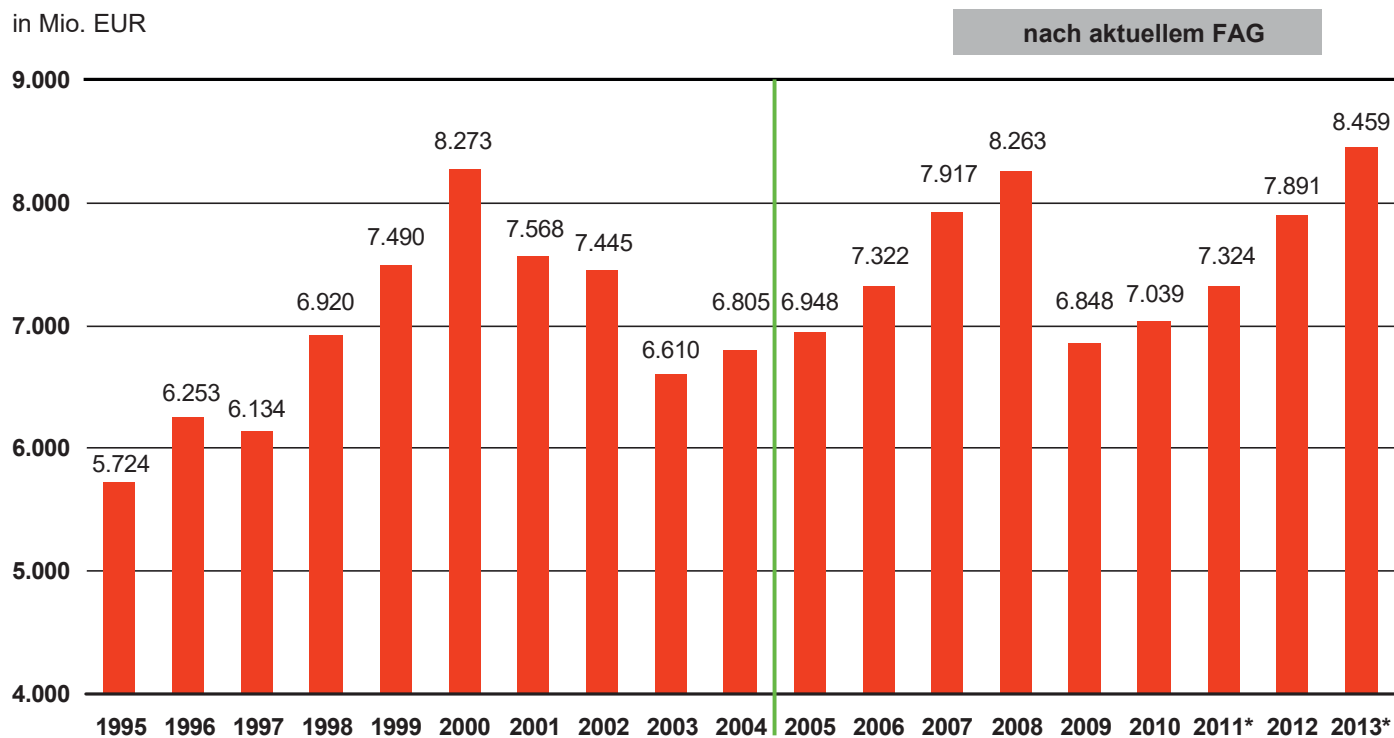
## Auswirkungen für Thüringen

Thüringens Finanzkraft wird im Rahmen des Länderfinanzausgleichs nach Stufe 3 auf 95,6% des Länderdurchschnitts angehoben. Multipliziert man also die 253 Euro je Einwohner mit der Einwohnerzahl des Freistaats ergibt sich: Der Freistaat erhält 547 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich.



## Entwicklung des Volumens des Länderfinanzausgleichs

in Mio. EUR



\* vorläufige Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung und des Finanzausgleichs 2011 bzw. 2013

## Die vierte Stufe des Länderfinanzausgleichs - Bundesergänzungszuweisungen

Die letzte und vierte Stufe des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bilden direkte Hilfen des Bundes an bestimmte Länder - so genannte Bundesergänzungszuweisungen.

Bundesergänzungszuweisungen unterscheiden sich in allgemeine Bundesergänzungszuweisungen und Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ).

Die **allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen** stellen den letzten Schritt dar, um leistungsschwache Länder zu unterstützen. Diese Mittel erhalten jene Länder, deren Finanzkraft nach dem bisherigen Länderfinanzausgleich noch immer unter 99,5% der länderdurchschnittlichen Finanzkraft je Einwohner liegt. Diese Lücke wird zu 77,5% geschlossen.

Für Sonderlasten einiger Länder werden **Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ)** ausgereicht. Sie sind im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben und damit unabhängig von den Finanzkraftverhältnissen. So erhalten beispielsweise kleine Länder SoBEZ, weil die Kosten je Einwohner für die politische Führung im Vergleich zu größeren Ländern höher sind.

Die SoBEZ sind vor allem als Teil der Solidarpaktmittel für ostdeutschen Länder bekannt. Sie dienen dazu, den Aufbauprozess nach der Wiedervereinigung zu finanzieren. Diese Gelder sind jedoch bis 2019 befristet und sinken jährlich.

Aktuell stellen die Mittel aus dem Solidarpakt II für die ostdeutschen Länder noch eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Diskussion um die Verteilung dieser Mittel nach 2019 hat gerade begonnen.

**Zur besonderen Situation der neuen Länder und deren Kommunen** „*Etwas 16% der Solidarpaktmittel stehen aufgrund mangelnder kommunaler Steuerkraft zur Verfügung. Im Länderfinanzausgleich sind kommunale Steuereinnahmen aber nur zu 64% berücksichtigt. Wenn für die ostdeutschen Länder der Solidarpakt schrittweise bis 2019 zu Ende geht, dann fällt natürlich auch ein bedeutender Ausgleich für die mangelnde kommunale Steuerkraft weg. Doch die neuen Bundesländer mit einer kommunalen Finanzkraft von etwa 60% des Westniveaus alleine zu lassen - das wird nicht gehen! Wir haben immer noch einen überproportionalen kommunalen Finanzausgleich, um unseren Gemeinden zumindest eine länderübliche Finanzausstattung zu gewährleisten.*“ (Dr. Wolfgang Voß)

Nach den vier Stufen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs stellt sich die Angleichung der Finanzkraftunterschiede folgendermaßen dar:

#### Finanzkraft je Einwohner VOR und NACH dem Länderfinanzausgleich (LFA), gemessen am Bundesdurchschnitt (100%)

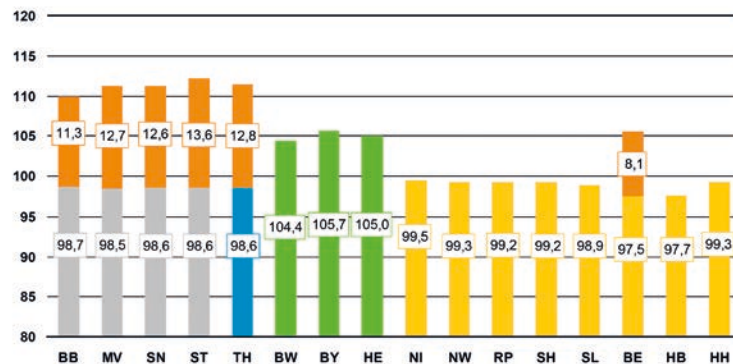
vor dem LFA	nach dem LFA
70%	97,5%
80%	98 %
90 %	98,5%
110%	104%
120%	106,5%
130%	109%

Angleichung unterschiedlicher Finanzkraft durch den Länderfinanzausgleich (Quelle: Bundesministerium der Finanzen)

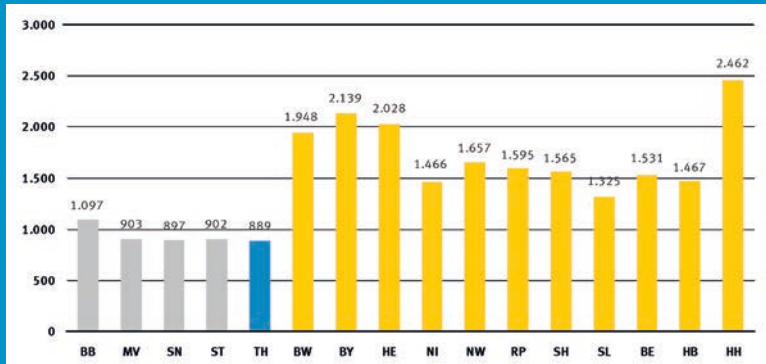
*„Wir haben im Moment eine Abschöpfungsquote im Länderfinanzausgleich bei Mehreinnahmen von um die 20 %. Und das ist, denke ich, durchaus als Solidarität tragbar.“ (Prof. Dr. Koriath)*

Finanzkraft der Länder im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (100%) nach dem bundesstaatlichen Finanzausgleich, Stand 2013, Angaben in Prozent

- SoBEZ
- Bundesländer Ost
- Thüringen
- Geberländer
- Nehmerländer West und Berlin

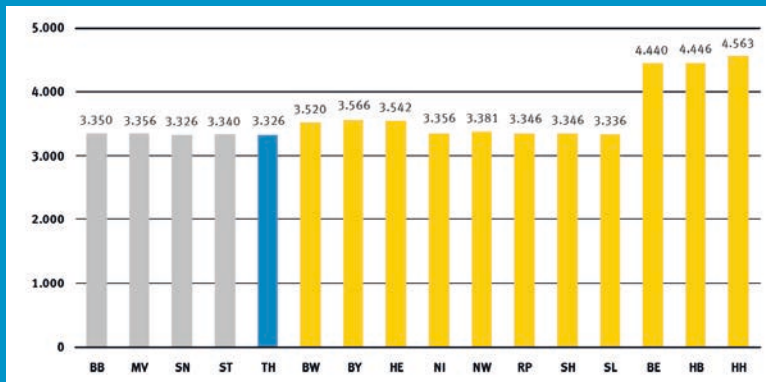


## Finanzverteilung in Euro je Einwohner vor dem Finanzausgleich



Quelle: vorläufige Abrechnung der Umsatzsteuer-  
verteilung und des Finanzausgleichs 2013

## Finanzverteilung in Euro je Einwohner nach dem Finanzausgleich



Grafik - Finanzverteilung in Euro je Einwohner vor  
dem Länderfinanzausgleich (auf Stufe 1) und nach  
dem Länderfinanzausgleich (Stufe 4a, **ohne Bundes-  
ergänzungszuweisungen**)

*„Wir zählen 620 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Der Länderfinanzausgleich hat derzeit ungefähr ein Volumen von 7 bis 8 Milliarden Euro im Jahr. Da könnte man sich fragen, wenn man die beiden Zahlen gegeneinander hält: Warum ist es ausgerechnet der Länderfinanzausgleich, der so große Streitigkeiten zwischen den Ländern verursacht?“ (Prof. Dr. Koriath)*



# Zwischen Geben und Nehmen

## Klage vor dem Bundesverfassungsgericht

Am 25. März 2013 haben die Länder Bayern und Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht ihre Klage gegen den Länderfinanzausgleich eingereicht. Sie beklagen darin die Regelungen auf verschiedenen Stufen des Ausgleichssystems. Hessen hatte bereits in den 90er Jahren mit Erfolg gegen die Regelungen des Länderfinanzausgleichs geklagt.

Die Klage bezeichnete der hessische Finanzminister als einen „Akt der politischen Notwehr“. Diese Aussage ist unter anderem vor dem Hintergrund zu verstehen, dass es für gesetzliche Änderungen beim Länderfinanzausgleich im Bundesrat für die Geberländer keine Stimmenmehrheit gibt. Eine politische Lösung sei nach Meinung der Geberländer also nur schwer zu erreichen.

**„Es gibt in einem föderalen Rechtsstaat nur die Möglichkeit sich vor dem Bundesverfassungsgericht im Rahmen einer Klage zu wehren. (...) Wir klagen in der Hoffnung und Erwartung, dass das Bundesverfassungsgericht wiederum Leitplanken, für die dann nachfolgenden notwendigen Verhandlungen zu einer gesetzlichen Neuregelung so definiert, dass auch eine Mehrheit von 13 gegen 3 nicht in der Lage ist, die Grenzen dieser Leitplanken so zu unseren Lasten zu überschreiten, dass wir am Ende mit der Mehrheit an die Wand gedrückt werden.“** (Dr. Thomas Schäfer)

**Seit dem es den Länderfinanzausgleich gibt, hat das Bundesverfassungsgericht inzwischen 5 Mal entscheiden müssen. Das 1. Mal 1951 direkt nach Inkrafttreten. Und damals sagte das Gericht – und in dem Punkt ist es bis heute gar nicht weiter – man muss die richtige Mitte finden zwischen Solidarität und Autonomie der Länder, zwischen Geben und Nehmen.** (Prof. Dr. Koriath)



## Auswirkungen für Thüringen

„Wir können dem Verfahren gelassen entgegensehen. Es ist weder eine Schieflage des solidarischen Systems zu erkennen noch ist das System anreizfeindlich oder nivelliert die Finanzkraftunterschiede zwischen reicheren und ärmeren Ländern. Den Geberländern verbleiben nach dem Ausgleich 200 Euro mehr je Einwohner als den Nehmerländern.“ (Dr. Wolfgang Voß)

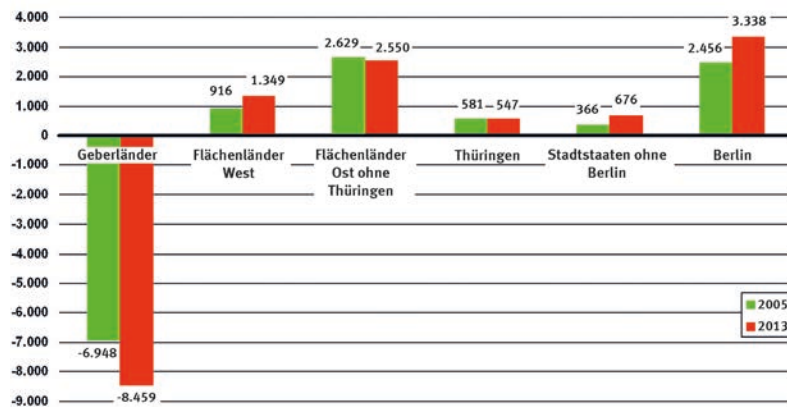


## Bewegungen im Länderfinanzausgleich

Das System des Länderfinanzausgleichs ist nicht starr. Immer dann, wenn die Wirtschaftskraft eines Nehmerlandes steigt, sinken die Zuweisungen aus dem System. Bayern ist ein besonderes Beispiel. Das Land hat 38 Jahre Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich erhalten. Seit 1993 ist es kontinuierlich ein Geberland. Jedoch ist der Freistaat Bayern bisher das einzige Flächenland, das von der Nehmer- auf die Geberseite wechselte. Lediglich der Stadtstaat

Hamburg hat zeitweise den Status als Geber- und Nehmerland. Mit Blick auf die neuen Länder lässt sich eine positive Entwicklung ablesen: Der wirtschaftliche Erfolg in den letzten 20 Jahren hat dazu geführt, dass die Wirtschaftskraft deutlich gewachsen ist. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner stieg von etwa 30% im Vergleich zum Westen auf 66%. Entsprechend verringerten sich die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich.

### Umverteilung im Länderfinanzausgleich 2013 im Vergleich zu 2005 - die neuen Länder entlasten den Länderfinanzausgleich



(in Mio. Euro, Quelle: Vorläufige Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung und des Finanzausgleichs 2005 bzw. 2013)

*„Thüringen wie auch andere ostdeutsche Länder sind ein gutes Beispiel dafür, dass man aus dem Länderfinanzausgleich ein bisschen herauswachsen kann. Das heißt, wirtschaftlicher Erfolg trägt auch zur Entlastung des Ausgleichs bei. Wir haben von 2005 bis 2013 immerhin 113 Millionen Euro weniger aus dem Länderfinanzausgleich erhalten.“* (Dr. Wolfgang Voß)

# Die aktuelle Diskussion des Länderfinanzausgleichs

## Die Frage der Einwohnerveredelung

Mit dem Ziel einer Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz der Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht auf einen Arbeitspfad verständigt.

Demnach sollen die Länder bis zum Herbst 2014 erste Empfehlungen für die Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vorlegen. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen, die bis 2015 Vorschläge für neue Regelungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen erarbeiten soll. Dann können die notwendigen Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht werden. Da die Bund-Länder-Finanzbeziehungen sehr komplex sind und sich die Interessen, aber auch die Situationen der Länder zum Teil stark unterscheiden, muss eine Vielzahl von Abstimmungen organisiert werden.

Zentrale Fragen und Kritikpunkte am gegenwärtigen Länderfinanzausgleich betreffen unter anderen die Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft, die Einwohnergewichtung, die Hauptstadtfinanzierung sowie die Anreizstruktur im System.

*„Mittlerweile sind zahlreiche Landesverfassungsgerichte dazu übergegangen, diese Regelung in Frage zu stellen. Weil der Zusammenhang: bloße Größe mit Belastung jedenfalls nicht empirisch gesichert ist, aber es natürlich komisch anmutet, dass alle Stadtstaaten mit dem gleichen Veredlungsfaktor von 135% gewertet werden. Also der durchschnittliche Berliner, Hamburger oder Bremer ist 35% mehr Wert als der Durchschnittliche Thüringer oder Hesse. Das macht uns keine Minderwertigkeitskomplexe, aber es kostet uns einfach Geld.“* (Dr. Thomas Schäfer)



## Die Einbeziehung der kommunalen Steuerkraft

Umstritten ist in der Diskussion über den Länderfinanzausgleich die Anrechnung der kommunalen Steuereinnahmen in Höhe von 64 Prozent bei der Bewertung der Steuerkraft. Würden die kommunalen Steuereinnahmen mit 100 Prozent angerechnet, dann würden sich die Zuweisungen der Geberländer in den Länderfinanzausgleich deutlich erhöhen. Würde die Anrechnung unberücksichtigt bleiben, würde die Nehmerländer die Strukturschwäche ihrer Kommunen noch stärker belasten als schon bisher.

Die Selbstverwaltung der Kommunen muss grundsätzlich gewährleistet bleiben, so dass die Nehmerländer den kommunalen Finanzausgleich weiterhin stemmen müssen, auch wenn die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich rückläufig wären.

***„Die mangelnde Einbeziehung der kommunalen Steuern führt zu zusätzlichen Lasten der Länder bezüglich der kommunalen Finanzausgleiche. Da gerade die neuen Länder wegen der geringen kommunalen Steuerkraft überproportionale Lasten tragen, entsteht dadurch ein ungerechtes System.“*** (Dr. Wolfgang Voß)

***„Die Länder müssen in das System einzahlen, für Steuereinnahmen, die sie selbst gar nicht haben - nämlich für 64 % der kommunalen Steuereinnahmen. Dass diese Einnahmen dort reingerechnet werden, ist nicht etwa Ergebnis von wissenschaftlichen Untersuchungen, sondern Ergebnis einer Nachtaktion in der Ministerpräsidentenkonferenz im Nassauer Hof in Wiesbaden.“***  
(Dr. Thomas Schäfer)

## Grundprinzip: Ausgleich nur auf Einnahmeseite

In der Diskussion wird von Seiten der Geberländer regelmäßig hinsichtlich des Ausgabeverhaltens verschiedener Nehmerländer Kritik geübt. Mit dieser Debatte wird darauf abgezielt, die Ausgleichszuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich künftig an bestimmte finanzwirtschaftliche Zwecke zu binden, beispielsweise an die Schuldentilgung. Aber weder Ausgleichszahlungen noch Bundesergänzungszuweisungen sind zweckgebunden. Sie dienen allein dem Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder, wie es die Verfassung vorsieht. Ein Grundprinzip des Finanzausgleichssystems besteht also darin, dass der Ausgleich nur auf der Einnahmeseite stattfindet und er den politischen Gestaltungswillen der Länder auf der Ausgabenseite respektiert.

Egal ob Kritik am kostenlosen Kitajahr geübt wird oder der Verzicht auf Studiengebühren in den Ländern diskutiert wird - diese medienwirksamen Debatten ignorieren das Grundprinzip der Verfassung.

***„Das Argument, das man häufig hört: Mit bayrischem Geld wird das kostenlose Kindergartenjahr in Berlin gezahlt, ist rechtlich gesehen falsch! Denn es wird nur die Einnahmeseite der Länder angeglichen, damit die Länder pro Einwohner ungefähr die gleichen Einnahmen haben. Wenn ein armes Land auch noch besonders spendabel ist, also sozusagen sein Konto überzieht, die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, bleibt das im Länderfinanzausgleich völlig unberücksichtigt!“*** (Prof. Dr. Koriath)

***„Herr Koriath hat ja Recht: Die Frage, was leisten sich Länder mit dem Geld, steht in keinem direkten Zusammenhang zu den Regeln des Länderfinanzausgleichs. Aber wenn es um die Frage der Deckung der Bedarfe geht, und man sieht, was sich Länder trotz der Nivellierung leisten können, bleiben Fragen. Wenn sich solche Länder Dinge leisten können, die andere sich nicht leisten, dann kann es wohl auch gerechtfertigt sein, das Ausgleichsniveau ein Stück abzusenken. Dann können wir als wirtschaftsstarkes Bundesland auch den Anforderungen besser gerecht werden, unsere Kosten aus eigenen Einnahmen zu tragen.“***

(Dr. Thomas Schäfer)

## Kritik an der Anreizstruktur

In Folge der hohen Ausgleichswirkung des Länderfinanzausgleichs bestehe für die finanzschwachen Länder kein beziehungsweise zu wenig Anreiz sich anzustrengen, um die eigenen Steuereinnahmen zu erhöhen - so lautet ein zentraler Kritikpunkt in der Debatte.

Das System schmälere die Bereitschaft zur Eigeninitiative, denn aufgrund der Nivellierung gebe es keine Neigung, die eigenen Einnahmequellen auszuschöpfen und so zu einer gleichmäßigen Besteuerung beizutragen. Letztlich werde dadurch ein Verhalten begünstigt, das darauf verzichtet, über eine aktive Wachstums- politik die eigene Steuerbasis weiterzuentwickeln, so die Argumentation der Geberländer.

Richtig ist, dass das aktuelle Finanzausgleichssystem bereits eine Art Prämiensystem enthält sowie seit 2005 festgelegte höhere Selbstbehalte für die Geberländer. So wurde ein Deckel von 72,5% festgelegt hinsichtlich der Abschöpfung der Finanzkraft. Dies schützt die Geberländer vor übermäßiger Belastung und wirkt nachweislich zugunsten der Geber. Darüber hinaus ist unstrittig, dass alle Landesregierungen anstreben, ihre Wirtschaftskraft zu erhöhen - bei Entscheidungen zur wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes spielen Fragen des Länderfinanzausgleichs keine Rolle.

*„Wir haben eine solche negative Anreizstruktur in diesem System, dass auch die Motivation, sich um weitere Industrieansiedlung zu bemühen, gering sein kann. Industrieansiedlungen bringen zwar Arbeitsplätze, aber sie bringen auch eine Menge Ärger, Abgase und Probleme. Das kennen wir alle bei Großprojekten. Wenn mir dazu noch bewusst ist, dass von dem, was dort an zusätzlichen Steuereinnahmen kommt, zu einem beträchtlichen Teil, nicht nur nicht bei mir bleibt, sondern ich möglicherweise an bestimmten Grenzsituationen für Mehreinnahmen sogar bestraft werde, handle ich mir doch als verantwortlicher Politiker nicht den Ärger ein.“* (Dr. Thomas Schäfer)



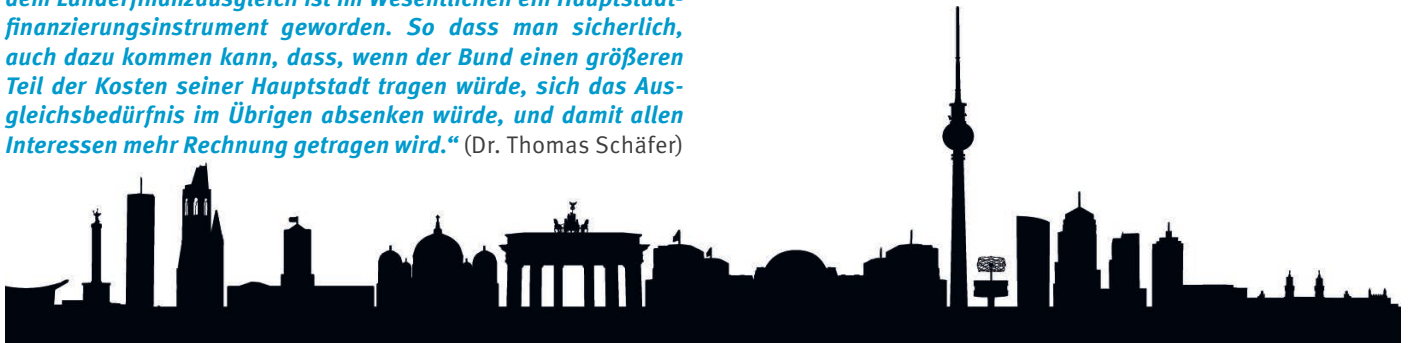
## Problem Hauptstadtfinanzierung

Über 40 Prozent der Länderausgleichszahlungen erhält derzeit die Hauptstadt Berlin. Sie profitiert mehrfach vom geltenden System. Sie hat eine geringe eigene Wirtschaftskraft, sie ist ein Stadtstaat, in dem die Einwohner höher gewichtet werden und sie ist ostdeutsch, was hinsichtlich der Bundesergänzungszuweisungen wirkt. Vor allem die Geberländer fordern deshalb regelmäßig eine stärkere Beteiligung des Bundes bei der Hauptstadtfinanzierung.

*„In der Gesamtheit der Länder glaube ich, wird es bei der Gesamtumverteilung dieser 7 bis 8 Mrd. Euro durchaus kritisch gesehen, dass 40 % in der Bundeshauptstadt Berlin landen. Aus dem Länderfinanzausgleich ist im Wesentlichen ein Hauptstadtfinanzierungsinstrument geworden. So dass man sicherlich, auch dazu kommen kann, dass, wenn der Bund einen größeren Teil der Kosten seiner Hauptstadt tragen würde, sich das Ausgleichsbedürfnis im Übrigen absenken würde, und damit allen Interessen mehr Rechnung getragen wird.“* (Dr. Thomas Schäfer)

*„Ich möchte eins zu Bedenken geben. Berlin hat eine besondere Situation, die mit Hamburg und Bremen nicht vergleichbar ist. Berlin war 40 Jahre lang eine geteilte Stadt. In Westberlin ist ungemein viel Wirtschaftskraft in den Zeiten der Teilung abgezogen worden. Denken Sie nur daran, dass Siemens früher seine Hauptstandorte in Berlin hatte. Zu Zeiten des Kalten Krieges hat es Siemens vorgezogen nach München und nach Erlangen zu gehen. Vielen war es einfach zu unsicher geworden in der Stadt. Und dann kamen die Schwierigkeiten durch die deutsche Einigung.“*

(Prof. Dr. Koriath)



## Stadt - Umland - Problematik

Die sogenannte Stadt-Umland-Problematik wird von den Klageländern kritisch gesehen. Die höhere Einwohnergewichtung vor allem für die Stadtstaaten halten sie für kritikwürdig, weil damit ein Stadtstaatsbewohner im System Länderfinanzausgleich mehr wert ist, als beispielweise ein Flächenlandbewohner.

Die höhere Einwohnergewichtung wurde unter anderem eingeführt, weil den Stadtstaaten die Steuereinnahmen entgehen, die durch die Einpendler in ihre Stadt aus den umliegenden Flächenländern erwirtschaftet werden. Parallel dazu müssen die Stadtstaaten aber eine öffentliche, kostspielige Infrastruktur vorhalten, die dem großen Einpendlerstrom auch gerecht wird. Anders ist es in großen Städten wie Frankfurt/Main, die in einem Flächenland liegen. Hier profitiert auch das Land Hessen von den Steuereinnahmen durch Arbeitspendler in die Stadt. Mit Hilfe des kommunalen Finanzausgleichs, der zwischen Land und Kommune vollzogen wird, werden bestimmte höhere Kosten für die Kommune ausgeglichen.

Kritisiert wird von den Klageländern zudem, dass die Gewichtung der Einwohner mit 135% in allen Stadtstaaten gleich hoch sei, obwohl es jeweils unterschiedliche Probleme gebe.

*„Dass jemand in Hamburg 135% wert ist und wir im flachen Land 100% wert sind, das lässt sich schon hinterfragen. Im Wesentlichen werden ja in Hamburg zentralörtliche Funktionen, also die Frage Stadt-Umland-Fragen ausgeglichen. Da kann ein Hesse sagen, was hab ich eigentlich mit kleinräumlichen Ausgleichsbeziehungen zu tun? Und nehmen wir mal an, ein Stadtstaat wie Hamburg wäre wie München, eine ganz normale Stadt. Dann würde man sie überhaupt nicht in den Länderfinanzausgleich einbeziehen. Man könnte sagen, die Stadt Hamburg wird eingegliedert nach Niedersachsen oder Schleswig-Holstein - dann können die Ihre kleinräumlichen Stadt-Umland-Probleme genauso lösen, wie das München mit dem Umland auch tut.“*

(Dr. Thomas Schäfer)



# Hinweise

## Abkürzungen

**BW** - Baden-Württemberg; **BY** - Bayern; **BE** - Berlin; **BB** - Brandenburg; **HB** - Bremen; **HH** - Hamburg; **HE** - Hessen; **MV** - Mecklenburg-Vorpommern; **NI** - Niedersachsen; **NW** - Nordrhein-Westfalen; **RP** - Rheinland-Pfalz; **SL** - Saarland; **SN** - Sachsen; **ST** - Sachsen-Anhalt; **SH** - Schleswig-Holstein; **TH** - Thüringen

Die Abkürzungen der Bundesländer, wie sie in dieser Broschüre verwendet werden, entsprechen den auf EU-Ebene vereinbarten Abkürzungen der Regionen.

Die Abkürzung BIP wird für den Begriff Bruttoinlandsprodukt verwendet.

## Zur Verwendung

Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Thüringer Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Unter sagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Die Broschüre entstand im Zusammenhang mit der Veranstaltungsreihe „Auf den Punkt gebracht. Finanzpolitische Perspektiven heute und morgen“ des Thüringer Finanzministeriums und in Kooperation mit der Deutschen Nationalstiftung. Die Veranstaltungsreihe wurde unterstützt von der Landesbank Hessen-Thüringen und der Sparkasse Mittelthüringen.

Mehr Informationen zur Veranstaltungsreihe und zum Thema Finanzen und Haushalt finden sich im Internet unter: [www.thueringen.de/tfm](http://www.thueringen.de/tfm).



**[www.thueringen.de](http://www.thueringen.de)**

**Hinweis zur Verwendung:** Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Thüringer Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Die Broschüre entstand im Zusammenhang mit der Veranstaltungsreihe „Auf den Punkt gebracht. Finanzpolitische Perspektiven heute und morgen“ des Thüringer Finanzministeriums in Kooperation mit der Deutschen Nationalstiftung. Die Veranstaltungsreihe wurde unterstützt von der Landesbank Hessen-Thüringen und der Sparkasse Mittelthüringen.

Mehr Informationen zur Veranstaltungsreihe und zum Thema Finanzen und Haushalt finden sich im Internet unter: [www.thueringen.de/tfm](http://www.thueringen.de/tfm).

Impressum:  
Thüringer Finanzministerium  
Ludwig-Erhard-Ring 7  
99099 Erfurt

Druck: Mehgro Werbung GmbH, Urbach

Stand: Juni 2014

Bild Seite 32: copyright [phoelix] 2014, shutterstock